

FREIHEIT ALS EINSICHT IN DIE NOTWENDIGKEIT EINER TOTALEN ÜBERWACHUNG

***Zusammenfassung.** Viele „Zeitdiagnostiker“ versuchen ein halbes Jahrhundert lang, den alten politischen und sozial-strukturellen Links-Rechts-Gegensatz totzusagen. In dem vorliegenden Beitrag wird vorgeschlagen, sich von einer anderen Grundunterscheidung der politischen und sozial-strukturellen Beobachtung zu verabschieden. Es handelt sich um die Unterscheidung zwischen liberal und autoritär. Es werden philosophische, historische, politikwissenschaftliche und kriminologische Anhaltspunkte dafür dargestellt, den derzeitigen Neoautoritarismus als die Kehrseite des Neoliberalismus zu betrachten, wobei das Verhältnis zwischen den beiden „Seiten“ alles andere als kontingent ist.*

***Abstract.** Since half a century, many commentators have been trying to declare the old political and social-structural opposition of left and right for irrelevant. Here, it is suggested to give up another basic distinction of political and social-structural analysis. This is the dichotomy “liberal vs. authoritarian“. There are some reasons of general philosophical and historical, as well as of special political and criminological kind to conceive the Neoauthoritarianism as another face of the Neoliberalism, while the relations between the both “faces” are by no means contingent.*

Eine kurze begriffliche Vorbemerkung. Das Wort „liberal“ ist mehrdeutig. Es wird etwa auf die Befreiung benachteiligter, marginalisierter, ausgebeuteter Klassen aus den etablierten Herrschaftsverhältnissen bezogen. Die Apologeten solcher Verhältnisse gelten dann als konservativ, und „liberal“ ist dementsprechend das Gegenteil zu „konservativ“. In diesem Sinne ist hier das Wort „liberal“ nicht gemeint. Eher geht es um die Idee der individuellen Befreiung und Selbstbehauptung gegenüber dem gesellschaftlichen Ganzen. U. U. wird das Ganze von gewissen Personen oder Institutionen repräsentiert, die für Individuen als externe Autorität gelten. In dem Sinne einer solchen individualistischen Befreiung ist dann „liberal“ das Gegenteil zu „autoritär“. Für diese Auffassung der Liberalität gibt es im angelsächsischen Raum das Wort „libertarian“.

Diesem Vortrag liegt die Annahme zugrunde, dass „libertarian“ und „authoritarian“ kein Gegensatz ist, und die Unterscheidung dazwischen zunehmend obsolet sowie als Leitdifferenz für eine politische oder kulturelle Beobachtung zunehmend irreführend ist.

Während der Perestroika bekam die russische, damals noch sowjetische Polizei (Militsia heißen sie immer noch) neue Ausrüstung – anscheinend zum Schutz der im Aufbau begriffenen Demokratie. Zu der neuen Ausrüstung gehörte auch Schlagstock, der durch den Volksmund „Demokratisator“ getauft wurde.

Dass Demokratie hier mit einem Schlagstock, dort mit Präzisionswaffen beigebracht wird, wäre nichts Neues. Man erinnere sich nur an Hiroshima, oder etwa an Napalmbomben in Vietnam. Anfang der 1990er Jahre war die liberale Marktideologie punitiv (Tame 1991), 10 Jahre später bleibt sie es immer noch (Hess 2001). Sie war auch schon immer aggressiv. Solange die autoritären Länder sich (vergeblich) zu wehren bzw. abzuschotten versuchten, sollten sie als ein Reservoir an billigen Arbeitskräften sowie natürlichen Ressourcen doch verfügbar gemacht werden. Die eigentliche Zielsetzung war die Absicherung der wirtschaftlichen Voraussetzungen für Demokratie in der liberalen Welt (Dörre 1997: 73 ff.). Dies hat sich aber unter den Bedingungen der so genannten Globalisierung geändert (Dörre 1997: 88 ff.). Jetzt kommen die Vertreter der illiberalen Welt ungerufen und in den Mengen, die in keinem Verhältnis zu dem Bedarf an belastbaren Arbeitskräften stehen. Zudem stehen auch die Mengen der herkömmlich liberalen Bürger in keinem Verhältnis zu diesem Bedarf, wobei sie auch mit den liberalen Neuentwicklungen nicht wirklich zurecht kommen. Von daher geht es heute nicht nur darum, mithilfe des Schlagstocks noch jemand einzuschließen bzw. verfügbar und liberal zu machen. Hinzu kommt die Aufgabe, diejenigen fernzuhalten, die überflüssig sind, oder etwa einem verantwortlichen Umgang mit den neuen Freiheiten nicht gewachsen.

Anfang des 20ten Jahrhunderts hat sich die russische Sozial-Demokratie in zwei Strömungen aufgesplittert. Eine davon war die von Bolschewiken (Maximalisten), mit Vladimir Lenin an der Spitze. Die anderen waren Menschewiken (Minimalisten). Den beiden Strömungen ging es um eine revolutionäre Transformation der bestehenden Verhältnisse. Die Bolschewiken waren aber radikaler, indem sie einen totalen Bruch mit diesen Verhältnissen beabsichtigten. Im Endeffekt haben sich bekanntlich die Bolschewiken durchgesetzt, und dies nicht wegen ihrer konzeptionellen Überlegenheit, sondern dank schwerwiegenden organisatorischen und tagespolitischen Fehlern der

Menschewiken. Mittlerweile ist klar, dass die Radikalität der Ausrottung von ehemaligen Institutionen die Voraussetzung dafür war, dass diese allerschnellstens, und zwar in perverseren Formen, wiederauferstanden. Ideologie des Kommunismus anstelle des orthodoxen Glaubens, Stalin-Kult anstelle des Monarchismus, KGB (damals Tscheka, später NKVD) anstelle der Polizei, Kolchosen anstelle der Dorfgemeinden.

Das war ein historisches Drama. 70 Jahre später kam eine Wiederholung, diesmal als eine Farce. Die postkommunistischen Reformer mit der Rückendeckung internationaler Experten für Implementierung des angelsächsischen Kapitalismus haben sich vorgenommen, die sozialen und ökonomischen Arrangements der Sowjetunion soweit wie möglich abzureißen. Hiermit sollten alle Hindernisse auf dem Weg zur Freiheit zu räumen. Demzufolge, können wir jetzt seltsame Rückfälle in sowjetische Verhältnisse beobachten, welche durch die Ausrottungsversuche eher pervertiert als subvertiert bzw. transformiert worden sind.

Das Drama hatte eine Fortsetzung. Es wurde nämlich anvisiert, eine solidarische Weltgemeinschaft zu errichten. Dies sollte mit Gewalt bewerkstelligt werden (Schild am Eingang zur ersten Gulag-Anstalt, Solovezkij-Kloster: „Über Gewalt zum Glück für alle“). Die heile Zukunft sollte mit einer Verstärkung des Klassenkampfes und mit kollektiven Opfern in der Größenordnung von Millionen erkaufte werden. Die lukrative Perspektive einer gewaltlosen Zukunft brachte die Vernunft zum Verstummen, so dass auch die Opfer mitgemacht haben. 70 Jahre später hat nun auch die Farce eine Fortsetzung: es werden nun Freiheit und Wohlstand versprochen. Diesmal sollen diese Verheißungen aber durch eine Marktgesellschaft eingelöst werden, und die Grundweisheit dieser Gesellschaft heißt ja: nichts gibt es umsonst. Die künftigen Wohlstand und Freiheit (wie es sich später herausgestellt hat, für einige wenige) sollen mit Verelendung, prekären Lebenslagen, fragmentierten und abgewerteten Identitäten, kriminalitätsbezogenen Risiken und Unsicherheitsgefühlen (wie es sich herausgestellt hat, für die Mehrheit) bezahlt werden. Was dies ausmachen würde, in Menschenleben umgerechnet, soll nicht unbedingt kalkuliert werden: dermaßen in konzeptioneller Hinsicht primitive Übungen wie Taschenrechner-Geschichtsschreibung mögen den Verfassern von Schwarzbüchern überlassen werden. Die Botschaft der obigen Überlegungen lautet eher: authentische Transformation ist nur mit einem mühsamen und langwierigen Aufbau der neuen Institutionen umzusetzen (etwa eines Sozialstaats,

„korporatistischen Dreiecks“, einer Sozialmarktwirtschaft); sondern nicht mit spektakulären Kontinuitätsbrüchen einschließlich der Ausrottung bzw. des Ausschlusses der in die alten Verhältnissen verwickelten Individuen und Gruppen. Wenn auch immer vorgeschlagen wird, eine bessere Zukunft für alle mit dem heutigen Leiden zu bezahlen, ist das nichts anderes als eine Demagogie, die das eigentliche Anliegen zu verdecken hat: eine bessere Zukunft für einige wenige soll mit dem Leiden der Mehrheit erkaufte werden.

Wie riskant solche Spiele sind, zeigen die „Zivilisationsbrüche“ des 20ten Jahrhunderts. Im Grunde genommen waren diese Katastrophen eher ein Zivilisationsprodukt. Zu den zivilisatorischen Errungenschaften gehörte ja das liberal-bürgerliche Projekt in einigen wenigen nationalen Gebilden, dessen wirtschaftliche Grundlagen mittels Standortkonkurrenz gesichert werden sollten (d. h., auf Kosten der Mehrheit der Weltbevölkerung). Und die Standortkonkurrenz führte unausweichlich zum 1ten Weltkrieg (Hobsbawm 1987). Derzeit erfolgt eine Neuauflage des liberalen Projekts und der Standortkonkurrenz, was einige von uns miterleben, und andere mitmachen. Diese Entwicklungen brachten die Welt an die Schwelle zum „autoritären 21ten Jahrhundert“ (Dahrendorf 1997). Hoffentlich wird sich nun die Neuauflage des liberal-autoritären Dramas des 20ten Jahrhunderts eher wie eine Farce gestalten.

Einige Philosophen und Politikwissenschaftler sind sehr skeptisch über emanzipatorische Inhalte der derzeitigen liberalen Farce. Sie meinen, das emanzipatorische Potenzial des liberalen Projekts sei mittlerweile in sein Gegenteil umgeschlagen. Es sei restlos durch Kapitalismus vereinnahmt worden. Mit dem Gerede von individuellen Erlebnissen und Gelegenheiten zur freien Selbstentfaltung wird etwas gleichzeitig durchgesetzt und verschleiert, was alles andere als Freiheit ist: nämlich der harte Konsum**zwang** als kulturelles Instrument der Sicherung eines reibungslosen Marktgeschehens und einer möglichst schnellen Selbstvermehrung des Kapitals. Die Entbettung aus den starren identitätsstiftenden Strukturen, die hochgepriesenen Gelegenheiten einer freien reflexiven Wahl eigener Identitäten ist für die Mehrheit nichts anderes als **Zwang**, „wichtige Entscheidungen zu treffen, die u. U. unser Überleben betreffen, für die wir aber keine Wissensgrundlage zur Verfügung haben“ (Žižek 2001: 255 ff.; 465 ff.). Dabei ist jede gewählte Identität prekär bzw. gültig nur bis auf weiteres (Bauman 1999: 48 ff.; Bauman 2000a: 224 ff.), wo sie unter strukturellen **Sachzwängen** aufzugeben bzw. auszutauschen sein wird. Schizophrene Widersprüche zwischen

mehreren auf Vorrat gewählten Identitäten führen zur „Korrosion des Charakters“, deren Folge wiederum autoritäre Unterwürfigkeit ist. Insofern sind liberale Rhetoriken nicht emanzipatorisch. Sie führen nicht aus **Zwangs**verhältnissen heraus, sondern tragen umgekehrt zur Verstrickung in solche Verhältnisse bei, die eher als Sucht denn als Zwang erlebt werden (Bauman 2000b: 67 ff.). Man kann sich mit der Wahlfreiheit der Strasse trösten, wenn alle Strassen in denselben Sumpf führen (Bauman 2000a: 227). Die Verstrickung in diesen Sumpf ist umso totaler, als er sich, im Unterschied zu den bisherigen Formen des Autoritarismus, erfolgreich unter dem Etikett "liberal" verkauft (Barber 2004: 12). Daher kann jeder Widerstand als „antiliberal“ diffamiert werden. Deshalb „...geraten wir... in eine Situation, in der die extreme Rechte offen das sagt, was die gemäßigte *Linke* stillschweigend denkt, aber nicht wagt, öffentlich zu artikulieren (die Notwendigkeit, die Freizügigkeit des Kapitals zu zügeln)“ (Žižek 2001: 492, *Italic* im Original).

Der Kriminalpolitik kommt nun die Aufgabe zu, die Paradoxie des liberalen Autoritarismus operativ aufzulösen. Sie soll mittels einer repressiven Freiheitsbegrenzung eine unaufhaltsame Freiheitserweiterung gegen die ihr immanenten Risiken und kollateralen Schäden absichern. Neue Freiheiten bedeuten ja auch neue Gelegenheiten zum Freiheitsmissbrauch. Zur Prävention des verkehrten Gebrauchs der Freiheit müssen sich alle freiheitsbewussten Bürger einer flächendeckenden Überwachung seitens der für das richtige Freiheitsverständnis zuständigen Gremien unterwerfen (Ministerium für Liebe hat dieses Gremium George Orwell genannt; Freiheitsbehörde würde auch passen). Die Bürger sollen dies aber freiwillig tun; die ehemaligen Sowjetbürger sind darauf gut vorbereitet, denn sie kennen aus der sowjetischen Vergangenheit den Begriff „freiwillig-obligatorisch“. Daher liegt ein neuer Freiheitsbegriff nahe: die Einsicht in die Notwendigkeit einer totalen Kontrolle. In der totalen Überwachung sollen diejenigen seligiert und neutralisiert werden, die die neu eröffneten Freiheitsräume nicht vernünftig zu nutzen wissen bzw. damit nichts anfangen können. Die Selektionskriterien zwischen „freiheitsfähig“ und „nicht-freiheitsfähig“ mögen zwar unwahrscheinlicherweise mittels demokratischer Entscheidungsprozesse erarbeitet werden und transparent sein. Ihre Operationalisierung und Anwendung liegt wohl aber in der Entscheidungskontingenz der Überwachungsgremien, deren klassenasymmetrische Selektivität fest und redundant dokumentiert worden ist. Im

Endeffekt geht die Erweiterung der Freiheitsräume für gewisse Bevölkerungsgruppen einher mit der Verringerung solcher Räume für andere Gruppen, die vor allem durch bestimmte, für die Selektion relevante, soziale Merkmale ausgewiesen sind. Wichtig ist, dass hiermit nicht einzelne Täter oder Tätergruppen, sondern gesamte soziale Gruppen erfasst werden, die als gefährlich definiert werden. Dies mutet wie eine mildere Form des Prinzips der kollektiven Haftung an: man wird schon durch eine Gruppenzugehörigkeit zwar nicht schuldig, wohl aber verdächtigt.

Mittlerweile besteht ein Arsenal an Semantiken für die kriminalpolitische Demokratisierungsabsicherung. In Großbritannien redet man von einer schizophrenen Dualisierung der Kriminalitätskontrolle in eine spätmoderne und eine prämoderne Schiene, dementsprechend habe sich auch Kriminologie in eine *criminology of the self* und eine *criminology of the aliens* aufgesplittert (Garland 2001). In Deutschland sollen liberale Räume mit liberalen Zuständen für liberale Bürger gegen Einbrüche seitens barbarischer Elemente mithilfe eines schmittianischen Feindstrafrechts dicht gemacht werden. In den USA quält man sich üblicherweise nicht so sehr mit begrifflichen Überlegungen, Rechtfertigungen und Reflexionen, sondern man greift sofort zur Sache. Und die Sache ist *zero tolerance*, *selective incapacitation* und *warehousing* für diejenigen, die sich mit der Erweiterung der Freiheit unter der Brücke zu pennen nicht wirklich arrangieren können. In Russland sind auch durchaus einschlägige zeitgemäße Konzepte entworfen worden. Das eine heißt „demokratische Kontrolle“ (Luneev 1997), das andere „Sicherheitskultur“ (Kuznecov 2004), hinzu kommt noch eine „außerstrafrechtliche Repression“. Jenseits der feinen Unterschiede ist für diese Ansätze gemeinsam, dass es nicht um den Schutz irgendeines autoritären Staates geht, dies ist ja nicht modisch geworden. Es geht nun um den Schutz der Demokratie gegen sie selbst.

Argumente für mehr Repression werden zusehends freiheitsrhetorisch gestaltet. Repressive Anliegen bedienen sich nicht nur der gewöhnlichen altkonservativen Rhetorik. Sie erschließen diskursive Muster, durch die einst rationale kriminalpolitische Ansätze begründet und getragen wurden. Kriminalitätsbekämpfung wird in Freiheitsabsicherung umgedeutet, so wie die Begriffe Krieg und Militär allmählich in friedensstiftende Einsätze und Friedenskräfte umgedeutet werden. Fast sieht schon der Freiheitsgedanke, wie einst auch der kommunistische Mythos, nach jener Kraft aus, die stets das Gute will und stets das Böse macht.

Flachdeckende Überwachung, manipulative Techniken des neoliberalen Regierens mit Kriminalitätsangst und gruppenspezifische Geltung der Rechtsnormen lassen sich als kriminalpolitische Merkmale des neuen Autoritarismus begreifen. Sofern damit neoliberale Entwicklungen abgesichert werden sollen, stellen sich Neoliberalismus und Neoautoritarismus als zwei Seiten einer Medaille dar. Das Ziel der Liberalisierung heiligt dann die autoritären Mittel ihrer Absicherung per Exklusion von unpassenden, d. h. nicht zu liberalisierenden Personen. Fraglich ist nun, ob es nicht sinnvoller wäre, von einem umgekehrten Ziel-und-Mittel-Verhältnis auszugehen. Dabei käme den liberalen Rhetoriken die Bedeutung einer ideologisch-legitimierenden Absicherung des sich vollziehenden autoritären Wandels zu. Aus der Geschichte sollte man schon lernen: wo die schönsten Worte klingen, da ist mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die übelsten Geschäfte anzunehmen. Einst war dies eine gewaltsame Inklusion der Mehrheit von Weltbevölkerung in den Vorgang der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Nun soll das Gegenteil geleistet werden. Die überflüssig gewordenen und darüber hinaus für freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung ungeeigneten Mehrheiten sollen, soweit möglich ohne Gewalt und soweit nötig mit Gewalt, ausgeschlossen werden. Bei der Ausschließung geht es noch nicht um Ausmerzungen. Für das neue liberale Projekt wäre dies wohl unästhetisch, politisch unkorrekt sowie zu teuer unter liberal-betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Überflüssigen sollen lediglich irrelevant und unsichtbar gemacht werden – also auf eigene Kosten krepieren, ohne dass ihre Armut jemand ankotzt, ohne dass ihr Leiden den schönen liberalen Ausblick trübt und in Frage stellt. Der Müll möge sich lieber selbsttätig entsorgen, anders als dies Jonathan Simon (1993) dargestellt hat. Ob nun die postmoderne Bulimie besser ist als die moderne Fresssucht – das ist wohl eine Geschmacksache (Young 1999).

Den Kapitalismus hat Jürgen Habermas im Jahre 1973 als alt bezeichnet. Möglicherweise ist der alte Kapitalismus mittlerweile verstorben, 1998 schreibt etwa Richard Sennett von einem neuen. Es kann natürlich nicht gesagt werden, dass in seinem Kontext repressive Ansätze das gleiche Ausmaß erreicht haben, wie beim alten Sozialismus. Die jeweilige Rolle dieser Ansätze in den beiden historischen Kontexten erscheint aber sehr ähnlich. Jetzt wie damals, hier wie dort sollen damit Exzesse systeminterner Widersprüche und Defizite für eine Weile unterdrückt werden. Dann kann das System weiterhin ungetrübt auf eine Katastrophe hinsteuern, anstatt an den jeweils bestehenden Verhältnissen

Korrekturen vorzunehmen, zu denen sonst die Exzesse hätten veranlassen sollen. Umso weniger Chancen, den sozialen Wandel kontrollierbar, nicht schon wieder katastrophenartig zu gestalten. Die nächstfolgende Katastrophe kommt dann, wie immer, unerwartet. Danach wird sie in den Lehrbüchern, falls es noch welche geben sollte, als ein Zivilisationsbruch definiert werden. Hiermit wird sie aus der höchst lobenswerten zivilisatorischen Tradition mit ihren evolutionären Universalien endloser Wohlstandserhöhung und freiheitlich-demokratischer Entwicklung herausdefiniert. Oder aber wird sie zu den kollateralen Nebeneffekten gezählt. Oder nicht auszurottenden Ambivalenzen dieser Entwicklung in Rechnung gestellt. Und nur schlecht gelaunte Experten werden sich mit der Frage befassen, warum es so plötzlich kam, wo alles nur noch mehr Freiheit und Wohlstand versprach, und die Geschichte an einer alternativlosen Gesellschaftsordnung, die sich selbst nicht mehr infrage zu stellen brauchte, zu einem Happy End gekommen war.

Literatur

- Barber, Benjamin R. (2004): End of Democracy? Privatisierung korrumpiert die res publica, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter 1+2, S. 6-12
- Bauman, Z. (1999): Unbehagen in der Postmoderne. – Hamburger Edition
- Bauman, Z. (2000a): Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit – Hamburger Edition
- Bauman, Z. (2000b): Flüchtige Moderne. – Suhrkamp: Frankfurt a. M.
- Boers, Klaus (1995): Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland, in: Sahner, H. (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch.
- Dahrendorf, Ralf (1997): An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert. Die Globalisierung und ihre sozialen Folgen werden zur nächsten Herausforderung einer Politik der Freiheit. – Die Zeit Nr. 47: 14-15
- Dörre, Klaus (1997): Modernisierung der Ökonomie – Ethnisierung der Arbeit: ein Versuch über Arbeitsteilung, Anomie und deren Bedeutung für interkulturelle Konflikte. – W. Heitmeyer (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander. – Suhrkamp/Frankfurt a. M.: 69-117
- Garland, David (2001): The Culture of Control, Oxford University Press
- Habermas, J. (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. – Frankfurt a. M.
- Hess, Henner (2000): Neue Sicherheitspolitik in New York City, in: Dignes, Martin/Sack, Fritz (Hrsg.): Unsichere Großstädte, Konstanz, S. 355-380
- Hobsbawm, Eric (1987): The Age of Empire. 1875-1914. – Abacus
- Kuznecow, Vjacheslav N. (2004): Der Sinn der russischen Ideologie: soziologische Grundlagen für Konsolidierung als gemeinsame Aufgabe der Herstellung von Wohlstand und Sicherheit für alle Bürger Russlands. – Moskau

- Łoś, Maria (2002): Post-Communist Fear of Crime and the Commercialization of Security, in: *Theoretical Criminology*, Vol. 6(2), pp. 165-188
- Luneev, Viktor (1997): *Kriminalität im 20. Jahrhundert: globale, regionale und russische Entwicklungstendenzen*, Moskau
- Scheerer, Sebastian (2004): Terror, in: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.): *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt/M., S. 257-262
- Sennett, Richard (1998): *The Corrosion of Character. The Personal Consequences of Work in the New Capitalism*, New York & London
- Simon, Jonathan (1993): *Poor Discipline. Parole and the Social Control of the Underclass, 1890-1990*, Chicago & London
- Tame, Chris R. (1991): Freedom, Responsibility and Justice: The Criminology of the “New Right”, in: Stenson, K./Cowell, D. (eds.): *The Politics of Crime Control*, London et al., pp. 127-145
- Young, J. (1999): *The Exclusive Society. Social Exclusion, Crime and Difference in Late Modernity*. – London
- Žižek, Slavoj (2001): *Die Tücke des Subjekts*, Frankfurt/M.